

Motion über die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Ausrichtung von Kantonsbeiträgen an Gemeindefusionen im ganzen Kanton

eröffnet am 4. März 2008

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die es ermöglicht, an alle Gemeindefusionen im Kanton Luzern einen angemessenen Kantonsbeitrag zu leisten.

Begründung:

An Gemeindefusionen von strukturschwachen Gemeinden wurden und werden Kantonsbeiträge zum Ausgleich der unterschiedlichen Steuersätze geleistet. Am Beispiel der Fusion Littau-Luzern hat sich gezeigt, dass für einzelne Gemeinden die Rechtsgrundlage zur Ausrichtung eines Beitrages fehlt. Deshalb musste der Regierungsrat dem Grossen Rat ein Dekret zur finanziellen Unterstützung der Fusion Littau-Luzern unterbreiten. Mit der Motion Guido Graf (Nr. 738) wurde der Regierungsrat jedoch beauftragt, dem Grossen Rat gleichzeitig mit dem Dekret einen Planungsbericht über die Agglomerationspolitik vorzulegen. In der Motion wurde festgehalten, dass es wichtig sei, dass die Agglomerationspolitik umfassend und in einem grösseren Zusammenhang sowie ohne unnötigen Zeitdruck diskutiert werde, da damit politisches Neuland mit weit reichenden Folgen betreten werde. In einem Postulat forderte Anton Kunz (Nr. 751), dass gleichzeitig ein Planungsbericht für die Luzerner Landschaftspolitik vorgelegt werde, und in einer Motion von Odilo Abgottspon (Nr. 769) wurde zusätzlich ein Planungsbericht der Luzerner Regionalpolitik verlangt. Diese Vorstösse zeigten deutlich auf, wie stark die Agglomerationspolitik mit der Entwicklung des ganzen Kantons zusammenhängt. Mit der überwiesenen Motion Guido Graf (Nr. 853) zur Schaffung von Rahmenbedingungen zur Sicherung und Förderung des Zusammenhalts des Kantons Luzern wurde ein zusätzliches, unüberhörbares Zeichen gesetzt.

Das von der Regierung kurz vor der Abstimmung über den Kantonsbeitrag an die Fusion von Littau-Luzern in die Vernehmlassung gegebene Gesetz über die Unterstützung von Gemeindevereinigungen der Agglomeration Luzern und der

Region Sursee trägt dem politischen Willen, der anlässlich der Beratung des Planungsberichtes über die Agglomerationspolitik und die Politik des ländlichen Raumes (B 172) sowie des Planungsberichtes über die Neue Regionalpolitik (B 174) zum Ausdruck kam, ungenügend Rechnung. Daher verlangen wir, dass in einem Gesetz an jede Gemeindefusion ein angemessener Kantonsbeitrag geleistet werden kann.

Vitali Albert

Graf Guido

Zopfi-Gassner Felicitas

Froelicher Nino